

Michael Dauderstädt

Die neosoziale Zukunft ist – zu Unrecht! – düster

Zwischen den Stühlen ist es unbequem. Deswegen ist auch dieses Buch unbequem, das einen neuen Weg zwischen dem neoliberalen und dem – nennen wir es, um im Sprachbild zu bleiben – paläosozialen Modell der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finden versucht. Das Buch kommt vom marktliberalen Flügel der Sozialdemokratie, aus dem Umfeld des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, dessen langjähriger Sprecher der Herausgeber Ulrich Pfeiffer war. Es vereint 14 Beiträge von Autoren, von denen viele diesem Spektrum zuzuordnen sind, zu Politikfeldern, die von der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik über die Fiskal- und Gesundheitspolitik bis zum Wohnungsbau reichen. Diese Rezension kann und wird sich nicht allen Beiträgen widmen, sondern versuchen, den Gesamtentwurf zu würdigen und dabei allerdings punktuell in die Tiefe gehen.

Gibt es zuviel »Herumverteilerei«?

Die neosozialen Autoren sehen die Zukunft Deutschlands düster. Der (Paläo-) Sozialstaat ist überfordert. Es gibt zuviel »Herumverteilung« (eine bezeichnende Wortschöpfung der unbequemen Art, die einerseits Umverteilung diskreditiert, andererseits die Vernachlässigung produktiver Lösungen abmahnt). Ausweg biete nur eine neosoziale Politik, die mehr Effizienz, vor allem durch mehr Wettbewerb, erreichen soll. Dabei unterstreicht der Herausgeber angesichts der jüngsten Krise, dass man den Märkten nicht blind vertrauen dürfe, sondern staatliche Regulierung notwendig sei. Allerdings wird man den Eindruck nicht ganz los, dass er sich noch schwer tut, den neuen Platz zu finden zwi-



Michael Dauderstädt

(* 1947) ist Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES.

michael.dauderstaedt@fes.de

schen dem seit der Krise wackeligen Stuhl der Marktgläubigkeit und dem schon seit langem als nicht tragfähig geschmähten Stuhl des keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Die neue neosoziale Mitte setzt also auf mehr Markt, wenn auch einen besser regulierten. Bezeichnenderweise bleibt dabei weitgehend offen, wie – wenn immer mehr öffentliche Leistungen wie Straßennutzung oder Bildung zu Quasimarktpreisen verkauft werden sollen – die relative Verarmung der weniger kaufkräftigen Schichten zu bekämpfen wäre.

Dabei ist den Autoren in vielen Punkten zuzustimmen: Mehr Wohlstand für alle ist nur durch mehr Produktivität (Effizienz) und Beschäftigung, also Wachstum, zu erreichen. Gesellschaftlich gut eingebettete und politisch klug regulierte Märkte und Wettbewerb leisten dazu einen wertvollen Beitrag. Dafür findet man viele bemerkenswerte, wenn auch nicht immer neue Vorschläge, wie mehr Bildungsanstrengungen für die Kinder gesellschaftlicher Randgruppen oder eine höhere Besteuerung des (Grund-)Vermögens. Aber über all diesen Reformvorschlägen lastet eine düstere Gesamtsicht.

Kern der neosozialen Krisenanalyse ist die demografische Entwicklung und das niedrige Produktivitätswachstum. Sinkende Kinderzahlen ziehen sich als Drama durch das ganze Buch. Sicher ist der Übergang zu einer stagnierenden oder schrumpfenden Bevölkerung mit Anpassungsprob-

lemen verbunden, aber ist er angesichts einer insgesamt wachsenden und die ökologischen Grundlagen des Planeten gefährdenden Menschenzahl so bedauerlich? Und woher rührt das schwache Produktivitätswachstum in Deutschland? Hier ist der Blick mikroökonomisch verengt und bleibt es auch weitgehend im gesamten Buch. Nachfragepolitik wird als »Allmacht-keynesianismus« verteufelt. »...Schuldenpolitik ist keine langfristige Wachstumspolitik«. Welche sonst? Wachstum im Kapitalismus ist primär schuldengetrieben. Es ist nur eine Frage, wer sich verschuldet und worin investiert wird. Unternehmen, die sich verschulden, um mehr Produktionskapazitäten zu schaffen, oder Haushalte, die Kredite für die Bildung ihrer Kinder aufnehmen, betreiben Wachstumspolitik. Aber wenn diese Akteure zuerst Fehlinvestitionen (in spekulative Finanzmarktprodukte) machen und es danach (in der Krise) unterlassen (müssen?), sich zu verschulden und zu investieren, sondern lieber sparen, dann sollte es der Staat tun. Denn vor allem Investitionen in Sach- und Humankapital treiben das Produktivitätswachstum.

Die neosozialen Autoren haben sich dagegen schon weitgehend mit der Wachstumsschwäche abgefunden und sehen im Zuge des demografischen Wandels große Probleme auf den Paläosozialstaat zukommen. Aber ist die Analyse stimmig? Sehen wir uns zwei Kernannahmen an:

Die erste Annahme ist bei Sarrazin (und abgeschwächt bei Börsch-Supan), dass das Produktivitätswachstum weiter sinken und jedenfalls 1,5 % nicht überschreiten wird. Sarrazin versucht auch, dies mit einer ökonometrischen Prognose zu begründen, die den bisherigen Durchschnittstrend fortschreibt. Aber ist diese Entwicklung in Stein gemeißelt? Ein US-amerikanischer oder schwedischer Beobachter hätte – ausgehend von den Daten bis 1995 – wohl ebenfalls erwartet, dass das Produktivitätswachstum immer weiter zu-

rückgeht. Die Wachstumsraten lagen in den USA 1970-80 bei 1,55 % und 1980-1995 bei 1,33 %, stiegen aber danach auf über 2 %. In Schweden war der Abstieg ähnlich von 2,27 % 1970-80 auf 1,24 % 1980-95, um anschließend deutlich über 2 % zu steigen. In Deutschland waren die Raten in den entsprechenden Perioden noch deutlich höher (3,7 % bzw. 2,4 %), um anschließend allerdings weiter zu fallen. Aber die Beispiele der USA und Schweden zeigen, dass ein solcher Trend umkehrbar ist, und zwar auf sehr unterschiedlichen Wegen. Eine Modellrechnung im Auftrag der FES hat diese Möglichkeit auch für Deutschland nachweisen können.

Die zweite Annahme ist, dass bei einem so niedrigen Produktivitätswachstum die Renten nicht mehr zu finanzieren seien (Börsch-Supan). Aber im gleichen Band zeigt die Rechnung von Sarrazin, dass das reale Prokopfeinkommen bei gleichen Annahmen weiter steigt – wenn auch langsam. Solange aber das Prokopfeinkommen real zunimmt, können auch die Renten steigen, ohne dass das Einkommen der Aktiven sinken muss. Dazu müssen die Aktiven zwar einen wachsenden Teil ihres Einkommens abgeben, aber dieses Verteilungsproblem ist kein Nullsummenspiel, also grundsätzlich lösbar. Eine andere Rechnung macht das ebenfalls klar: Auch ein Wachstum von nur 1,5 % verdoppelt das BIP in 50 Jahren und kompensiert eine Änderung des Verhältnisses Erwerbstätige zu Gesamtbevölkerung von ca. 0,5 heute auf ca. 0,3 bis 2050 durchaus.

Mikroökonomisch verengt

Allerdings darf dabei der Arbeitsinput nicht zusätzlich stark sinken, indem die Erwerbsquote zurückgeht oder die Arbeitslosigkeit steigt. Aber auch bei der Arbeitsmarktpolitik sind die vorgestellten Konzepte mikroökonomisch verengt. Der Autor des diesbezüglichen Beitrags (Hil-

mar Schneider) setzt allein auf Anreize, Arbeitslose zur Erwerbsarbeit zu bewegen ohne zu fragen, wo diese Arbeitsplätze entstehen sollen. Er vertraut einer Art Say'schem Theorem des Arbeitsmarktes, bei dem das Angebot sich die Nachfrage schafft. Dabei trifft der Satz des Herausgebers »Staatlich fixierte Mindestlöhne verändern ...keine Arbeitsmarktknappheiten« auf die Anreizpolitik noch mehr zu als auf die Mindestlöhne, die immerhin die Chance einer höheren Nachfrage bieten. Für Schneider sind es aber anscheinend nur die Anreize, nie die Konjunktur, die das Beschäftigungsniveau bestimmen. In der Rezession 2001-2005 war das Sozialsystem am Beschäftigungsabbau schuld und offensichtlich nicht die Krise. Es wäre

spannend zu sehen, wie der jetzt kommende Anstieg der Arbeitslosigkeit interpretiert werden wird.

Fassen wir zusammen: Dieses Buch hat den Anspruch auf eine neue Mitte sprachlich innovativ verpackt, aber der Inhalt bleibt hinter den selbst gesteckten Zielen zurück. Da bleibt für die Konzeptionierung einer neosozialen Politik noch viel zu tun. Aber wer sich der Suche nach einem dritten Weg (so hieß das vor zwölf Jahren) widmen will, dem schadet es auch nicht, mit Ulrich Pfeiffers Buch anzufangen, um in der Auseinandersetzung damit den Fortschritt zu suchen.

Ulrich Pfeiffer (Hg.): *Eine neosoziale Zukunft*. VS-Verlag, Wiesbaden 2010, 242 S., € 24,90.

Siegmar Mosdorf

We are on deadline

Was wird aus unseren Zeitungen?

»Wenn ich zu wählen hätte zwischen einem Land mit einer Regierung, aber ohne Zeitung, und einem Land mit Zeitung, aber ohne Regierung, dann würde ich mich für das Land ohne Regierung entscheiden.« – Dieses Zitat ist von dem Mann, aus dessen Feder die amerikanische Unabhängigkeitserklärung stammt, Thomas Jefferson (1743-1826). Heutzutage können wir diesem Gedanken höchstens ein Schmunzeln abgewinnen, aber damals wie heute sind Zeitungen das Scharnier zwischen Gesellschaft und Demokratie. Der öffentliche Diskurs ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Verständigung in einer immer komplexeren Welt. Die Zeitungen sind – jenseits der Funktion der Parteien – bisher die Plattform für diesen aristotelischen Verständigungsprozess.

Aber sie schwächeln mehr und mehr ökonomisch. In Deutschland haben wir



Siegmar Mosdorf

(*1952) Parlamentarischer Staatssekretär a. D. im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Er ist Partner der internationalen Unternehmensberatung CNC AG.

siegmar.mosdorf@cnc-communications.com

immer noch die höchste Dichte an selbstständigen Zeitungen pro Einwohner in der Welt, doch auch hier gab es Konsolidierungen in den letzten Jahren. Selbst Flaggschiffe wie die *Süddeutsche Zeitung* und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* haben erhebliche ökonomische Probleme. Von den Wirtschaftszeitungen *Handelsblatt* und *Financial Times Deutschland* und den Wirtschaftsmagazinen *Capital*, *Manager Magazin* und *Wirtschaftswoche* ganz zu schweigen. Das Massenblatt *Bild* hat seit Jahren